

in der folgenden Hinsichten noch weiter ausziehen. Vor dem Hintergrund seines Bemühens um eine Erweiterung des Sentimentalismus ist es verwunderlich, dass *Frazer* sich nicht intensiver mit Rousseau auseinandersetzt. Er erwähnt Rousseau sporadisch, grenzt dessen Mitleidsethik – unter alleinigem Rekurs auf den Zweiten Diskurs und unter Auslassung der wichtigen Ausführungen im *Émile* (42, 48, 123) – aber etwas einseitig von der MST ab. Demgegenüber könnte man Rousseau geradezu als weiteres Bindeglied zwischen Smith, Kant und Herder begreifen: Smith teilt mit Rousseau, dessen Zweiten Diskurs er rezensiert, den Fokus auf die Einbildungskraft als zentrales moralisches Vermögen, auch wenn sich von seiner dekadenztheoretischen Zeitdiagnose distanziert. Für Kants ethisches Denken nimmt Rousseau eine geradezu katalysatorische Funktion ein: Seine Erziehungstheorie prägt die gegenüber sentimentalistischen Positionen offene Anthropologie, während das Prinzip der Selbstgesetzgebung aus dem „*Contrat Social*“ Kant nach eigener Aussage „zu Recht gebracht“ und seine kritische Wende vorbereitet hat. Herders post-metaphysisches Bildungsideal wäre ohne Rousseaus Bruch mit der entelechialen Anthropologie und ohne sein Konzept der Perfektibilität nicht denkbar. Kurz: Rousseau erscheint als gemeinsamer Referenzpunkt im diskursiven Bezugsgewebe der „zweiten Generation“ der MST; zugleich könnte eine Analyse seiner ethischen Schriften, vor allem des *Émile*, weitere Bausteine zu einer sentimentalistischen Ethik liefern.

Florian Weber

Greven, Michael Th. *Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre*. Opladen/Berlin/ Farmington Hills. Verlag Barbara Budrich 2011. 301 Seiten. 36 €.

Ausgangspositionen, Rahmen und Ziele seiner Untersuchung bestimmt *Greven* wie folgt:

Erstens gilt ihm das Jahr 1968 nicht als entwicklungsgeschichtliche Zäsur, sondern als „nachträgliche publizistische Konstruktion“, als sinnstiftender politischer „Mythos“ im Sinne Herfried Münklers (9, 18, 35, 49). Historisch „angemessener“ erscheint ihm (19), das Datum mit Leggewie, Etzemüller und anderen zu deuten als „symbolische[n] Kulminationspunkt eines kultur-evolutionären Prozesses“ (Leggewie) während der „Ende der fünfziger Jahre beginnenden ‚langen sechziger Jahre‘“ (Etzemüller). In den Worten – bezogen auf das frühe eigene Engagement bei der „Kampf dem Atomtod“-Kampagne – eines damaligen SDS-Akteurs, Christian Semler (im Buch hartnäckig „Semmler“ buchstabiert: 223, 227, 231/232): „Eigentlich bin ich ein 58er.“

Zweitens, analog zu Karl A. Otto, verneint *Greven* (25) die Existenz eines „Kollektivsubjekts“ Außerparlamentarische Opposition (APO). Stattdessen definiert er die APO als „einen durch verschiedene Akteure vorangetriebenen, prozessförmigen Kommunikationsraum“ (14, 21, 23, 37; Beispiele für plurale Akteure: 24/25). „Fundamentale politische Differenzen“ hinsichtlich Situationsdeutung, Mitteln und Zielen hätten diesen Raum ebenso charakterisiert wie die „anlassbezogene [...] zeitliche Verdichtung und inhaltlich wechselseitige Verstärkung von Protesten“

– Bündnisse, die sich oft „sehr schnell wieder [...] entfl[o]chten“ (19, 27, 28). Drittens plädiert *Greven* für die analytische Trennung zwischen der lediglich situationsbezogen mobilisierten, „systemimmanent“ operierenden Mehrheit“ protestierender Studierender und einer „systemoppositionellen“ Minderheit „mit revolutionärer Strategie“ (32, 35, 51, 55). Dieser bewussten Systemopposition (zum Begriff: 9) gilt sein politikwissenschaftliches Interesse (Gründe: 15/16, 56/57). Ihr politisches Denken – dessen „Inhalte und Ziele“, „Begründungs- und Rechtfertigungsfiguren“ – will er rekonstruieren und deuten (15/16, 21, 58).

Als *differentia specifica* systemoppositionellen Denkens bestimmt er weder antikapitalistische Orientierung (damals „in ein breites politisches Spektrum ausgefächert“) noch proklamiertes Demokratieverständnis (*Greven* spricht von „auslegungsbedürftigen“ direktdemokratischen Konzepten), sondern die konsequent antiparlamentarische, anti-repräsentative Ausrichtung (51, 53/54). Deren Pendant bildet laut *Greven* die Überzeugung, die heutigen „entfremdeten“ Verhältnisse könnten nur revolutionär überwunden werden, und die Revolution stünde aktuell auf der Tagesordnung (69). Bei der Suche nach dem „revolutionären Subjekt“ verfahren derartige „Phantasien“, wie er konstatiert, höchst „eklektizistisch“ (78, 91/92); im Zuge moralischer Identifizierung mit antikolonialen Befreiungsbewegungen verschob sich das Kampfziel zur Schaffung einer „zweiten Front“ in den Metropolen (97 ff., 104 ff., 239, 251 ff.).

Freilich geriet systemoppositionelles Denken, wie *Greven* zeigt, rasch in einen *circulus vitiosus*: Öffentlichkeit galt, mit Habermas' früher Diagnose,

als manipuliert, als hergestellt – und doch als potenzieller Ort aufklärerischer beziehungsweise agitatorischer Bewusstseinsweckung; die „Massen“ der Konsumgesellschaft als verführt, als integriert – und doch als potenzielle revolutionäre Akteure, fähig zur Veränderung durch die Tat. Aber wer sollte auf welche Weise zur Tat inspirieren – Studierende mittels provokativer Regelverletzungen, „urbane Guerilleros“ durch illegale Aktionen, Avantgarde-Parteien Leninschen Typs gar (138 ff., 147 ff., 152 ff., 161 ff., 206/207)? Der Kontrast zwischen Situationsdeutung und Zielvorstellung tritt noch ausgeprägter dort zutage, wo *Greven* die Vision „wahrer“, *id est* Räte-Demokratie, kontrastiert mit dem gegenüber der BRD erhobenen Faschismusvorwurf. Erhoffte menschliche „Selbsttransformation“ und die Freisetzung „spontaner“ Massenaktivität gewannen in diesem Dilemma die Qualität utopischer Schlüsselbegriffe (116 ff., 125 ff., 132 ff., 203, 212, 224, 227).

Mit seinen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen (zu denen am Schluss ein kurzer Blick auf den feministischen Politisierungsprozess gehört) und seiner präzisen Durchleuchtung zentraler systemoppositioneller Texte schließt dieses wichtige Buch eine augenfällige Lücke. *Greven* verspricht „vorsichtige Einordnung in [...] den damaligen Kontext“ und „Zurückhaltung“ bei eigener Kritik, ausgenommen im Falle der „Instrumentalisierung der nationalsozialistischen Ausrottung der Juden“, also des Holocaust, zum Zweck politischer Kritik an der BRD (16/17). Aus der sprachlichen Formulierung wird allerdings nicht klar, ob er damit generell die „überbordende Faschismusrhetorik“ jener Phase meint. Ihr jedenfalls wirft *Greven* einen „erstaun-

lichen Verfall politischer Urteilskraft vor“ (208, 220).

Doch hat Norbert Elias in seinen *Studien über die Deutschen* einen Deutungsversuch angeboten für die „Bereitschaft, aktuelle Formen der Unterdrückung als Vorboten eines zweiten Faschismus zu deuten“, der die Auseinandersetzung gelohnt hätte: Infolge der spezifischen deutschen Vergangenheit sei, Elias zufolge, der Generationskonflikt „vor allem als ein sozialer Konflikt“ ausgebrochen. Im Begriff des Faschismus sei das Bild „der nationalen Väter und Großväter“ mit dem Bild der „gegenwärtig herrschenden“ bürgerlichen Generationen verschmolzen zum *Gegenbild* bei der Suche nach einer neuen Sinngebung. Nimmt man zu diesem Erklärungsansatz Demonstrationserfahrungen hinzu wie die im *Kursbuch 12* beschriebenen (*Der nicht erklärte Notstand. Dokumente und Analysen eines Berliner Sommers*), dann wird der Schritt von der konkreten Kritik zur diffusen Pauschal-diagnose „Faschismus“ (vgl. 216, Anm. 345) nicht richtiger, aber weniger erstaunlich.

Laut *Greven* verband die systemoppositionell denkende Minderheit nur sehr wenig mit der systemimmanent orientierten Mehrheit Protestierender – außer, dass letztere anlassbezogen von ersterer mobilisiert werden konnte (vgl. bes. 234). Doch es gab noch eine weitere, längerfristige Wirkung auf „kritische“ (besonders, aber nicht nur, jüngere) Wissenschaftler, die für einen Reformschub plädierten: „Ohne die radikalen Maximalforderungen“, so der SPIEGEL 1969, „wäre kaum eine Diskussion darüber in Gang gekommen, dass die Wissenschaften ihre Position innerhalb der Gesellschaft ständig neu durchdenken müssten.“ Das lässt

sich gerade für unsere Disziplin zeigen. Die beispielhafte Nennung eines einzigen Beitrags – Peter von Oertzens „Freiheitliche demokratische Grundordnung und Rätssystem“ (1969) – mag illustrieren, dass sich seit Ende der 60er Jahre „Bonn-abhängige“ Forschungspositionen (Klaus Günther) *auch* entfalteten in Reaktion auf Inhalte systemoppositionellen Denkens, die als produktive Herausforderung begriffen wurden.

Rainer Eisfeld

Heil, Reinhard, und Andreas Hetzel, Dirk Hommrich (Hrsg.). *Unbedingte Demokratie. Fragen an die Klassiker neuzeitlichen politischen Denkens*. Baden-Baden. Nomos 2011. 245 Seiten. 39 €.

Der Hauptrichtung der gegenwärtigen Diskussion um Fragen transnationaler Ausweitung der Demokratie steuert dieses Buch entschlossen entgegen. Es geht nicht von sicheren Grundlagen „der“ Demokratie aus, um sie auf deren globale Erweiterbarkeit hin zu prüfen, sondern ist von der Überzeugung getragen, sie stünden mehr denn je auf dem Spiel. Statt darin aber nur eine Schwäche zu sehen, fragen die Herausgeber, ob nicht gerade im Fehlen einer unerschütterlichen Grundlage der Demokratie dasjenige liegt, was sie (in den meisten ihrer Spielarten) als eine heute angemessene Form politischen Lebens auszeichnet, die sich dadurch erst als „offene“ erweist, dass sie nicht verleugnet, letzter Gründe und Gewissheiten zu entbehren (107, 116). In diesem Sinne schreiben sich die Autoren dieses Bandes in eine unter anderem von Lacoue-Labarthe und Nancy angestoßene Debatte um den Rückzug des